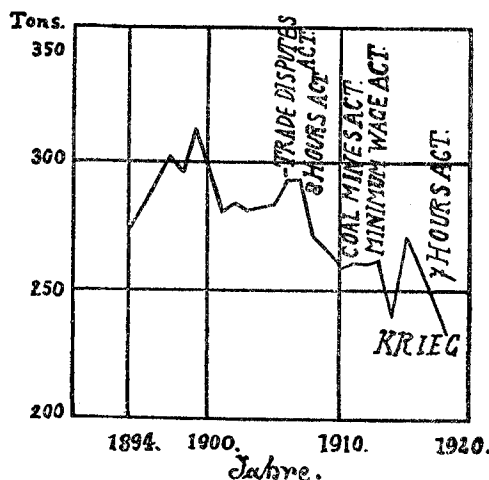


Zeitschrift für angewandte Chemie

Band II, S. 21 — 24 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten | 16. Januar 1920

Der Rückgang in der englischen Kohlenförderung

in den letzten Jahren ist nicht minder verhängnisvoll als derjenige Deutschlands. Wenn man die auf den einzelnen Arbeiter entfallende jährliche Förderleistung in Betracht zieht, so reicht allerdings der Rückgang schon bis ins vorige Jahrhundert zurück. Die Wirkung dieser verminderten Förderleistung auf die gesamte englische Kohlen-gewinnung wurde damals allerdings noch durch Einführung mecha-nischer und auch sonst verbesserter Abbaumethoden in großem Umfange aufgehoben. Der Rückgang der durchschnittlichen Förder-leistung des einzelnen Arbeiters ist aus folgender graphischen Dar-stellung ersichtlich, die dem „Journ. of Society of Chem. Ind.“ vom 31./10. ebenso wie auch die folgenden Betrachtungen über die Brennstoffwirtschaft entnommen ist.



Die Abnahme der durchschnittlichen Förderleistung tritt schon 1899 in Erscheinung und hat sich, abgesehen von Schwankungen, die durch die Bedingungen des Handels und durch die Marktlage hervorgerufen wurden, bis zum Kriege ausbreiten fortgesetzt. Vor dem Kriege war diese Erscheinung in erster Linie eine natürliche Folge des Umstandes, daß die leichter zugänglichen Kohlenlager immer mehr der Erschöpfung zueilten, so daß der Kohlenbergbau gezwungen war, immer schwächere und tiefer gelegene Flöze anzu-fahren. Unermeßlichen Schaden hat außerdem eine Reihe gesetz-licher Maßnahmen angerichtet, unter denen namentlich die Ein-führung des Achtstundentages (Eight Hours Act, 1908) und der Mindestlöhne (Minimum Wage Act, 1902) zu erwähnen sind. Diese Gesetze wirkten lähmend auf die Unternehmungslust der Gruben-besitzer und haben die Schuld an den hohen Preisen der Kohlen und an dem großen Mangel daran, unter dem England jetzt leidet. Letztere Folge bildet geradezu eine schwere Gefahr für die englische Volks-wirtschaft, weil bei weiterem Sinken der Förderung der Zeitpunkt eintritt, an dem kaum noch Englands eigener Kohlenbedarf gedeckt werden kann und kein Überschuß für die Ausfuhr bleibt, die einen wesentlichen Aktivposten in der englischen Zahlungsbilanz bildet. Kein Wunder, daß die Frage der Hebung der Kohलगewinnung den Hauptgegenstand der Beratung für zahlreiche Regierungsausschüsse oder dergleichen ausmacht, und daß sowohl die British Association wie das Iron and Steel Institute diese Frage in den letzten Wochen des langen und breiten erörtert haben.

Trotz aller Aufmerksamkeit, die man der Brennstoffwirt-schaft widmet, hat bisher noch niemand eine genaue Definition dieses Ausdrucks gegeben. Behufs richtiger Auslegung des Begriffs muß unterschieden werden zwischen Wärmeersparnis und Ersparnis in kaufmännischem Sinne. Der Kohlenverbrauch der Industrie könnte selbstverständlich beträchtlich verringert werden, wenn in den Fabriken allenthalben auch die besten Kessel- und Maschinentypen zur Verwendung gelangten, und wenn man die Abhitze der Feuerungsanlagen soweit wie irgend möglich ausnützte. Der hier-durch erzielte Minderverbrauch an Wärmeeinheiten, also Kohlen, wäre ein Fall von Wärmeersparniswirtschaft. Es könnte aber leicht sein, daß der Geldwert der so ersparten Kohle beträchtlich geringer wäre als die Verzinsung des Kapitals, das für die nötigen Umänderungen aufgewendet werden müßte, besonders wenn man selbst-verständlicherweise die Abschreibungen auf die Neuanlagen ein-

rechnet, und wenn dies der Fall wäre, so würde die Neueinrichtung vom wärmetechnischen Standpunkt aus wirtschaftlich, vom kauf-männischen Standpunkt aus dagegen verschwenderisch sein. Hin-wiederum könnte es tatsächlich möglich sein, den Kohlenverbrauch zu steigern und eine große Zahl wertvoller Nebenerzeugnisse zu ge-winnen, deren Ertrag weit über die Kosten des Kohlenmehrver-brauchs hinausgeht; unter diesen Umständen würde eine kauf-männische Wirtschaftlichkeit auf Kosten des Wärmeverbrauchs erzielt. Nehmen wir nun aber an, daß sich unter den Nebenerzeug-nissen Substanzen befinden wie Brennöl, deren Wärmewert größer ist als derjenige der mehr verbrauchten Kohle, würde die Bilanz der Brennstoffwirtschaft verbessert trotz größeren Kohlenver-brauchs in den Fabriken. Der Gegenstand ist also äußerst ver-wickelt, und wer irgendeine der mannigfaltigen Bedingungen außer acht läßt, läuft Gefahr zu falschen Schlüssen zu gelangen. Z. B. kündigt der Schlußbericht des Unterausschusses des Ausschusses für Wiederaufbau die Errichtung gewaltiger Riesenzentralen zur Elektrizitätserzeugung an, mit der Begründung, daß größere Wirt-schaftlichkeit im Kohlenverbrauch erzielt werde, während es doch auch möglich wäre, der Kohle die wertvollen Nebenerzeugnisse zu entziehen. An sich ist ja die für die Zentralen gegebene Begründung nicht zu bestreiten, man scheint aber den Energieverlust, der bei der Fernleitung des elektrischen Stromes entsteht, überhaupt nicht in die Rechnung eingesetzt zu haben. Es ist zweifelhaft, ob man bei einer 50 Meilen langen Leitung mit einem geringeren Stromverlust als 10% auskommt, so daß bei einem Kohleverbrauch von 1000 t nur der elektrische Energiewert von 900 t Kohlen an der Stelle, wo die Kohle gebraucht wird, zur Wirkung kommt. Wenn dagegen die Kohle die 50 Meilen auf der Eisenbahn befördert und an Ort und Stelle in Elektrizität umgewandelt würde, so würden für den Trans-port der Kohle nicht mehr als 3 t Kohle verbraucht, so daß 997 t für die Elektrizitätserzeugung verfügbar wären. Selbst wenn wir die Möglichkeit von Ersparnissen bei sehr großen gegenüber mittel-großen Elektrizitätswerken zugeben, so ist doch klar, daß die Riesen-anlage nicht kohleersparend wirkt, sondern das Gegenteil, trotz der Behauptungen des Kohlenhaltungs-Unterausschusses. Obwohl auf diese Weise Wärmeersparnis nicht erreicht wurde, könnten Erspar-nisse in anderer Richtung gemacht werden, und es ist durchaus möglich, daß sich eine Wirtschaftlichkeit in kaufmännischem Sinne ergibt. Die Frage, die wahrscheinlich die wichtigste in diesem Zu-sammenhang ist, lautet: „Welche Form der Brennstoffwirtschaft ist die beste für die Nation als Ganzes?“ Man soll nicht glauben, daß es auf diese Frage irgendeine einfache, bestimmte Antwort gibt. Es ist ja in vorstehendem gezeigt worden, daß irgendwelche günstigen Ergebnisse nicht voreilig verallgemeinert werden dürfen. Die verwickelten Verhältnisse machen es vielmehr hochwahrschein-lich, daß jeder Sonderfall individuell betrachtet werden muß. Zweck dieser Darlegungen ist, die Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß eine große Zahl von Faktoren, von denen viele mitein-ander im Widerstreit liegen, in Betracht gezogen werden muß, und daß jeder Versuch, eine gesetzliche Lösung zu finden, die unter-schiedslos auf das ganze Land angewendet wird, notwendigerweise zu einem Fehlschlag führen muß und sehr leicht mehr Schaden als Nutzen stiften mag.

Sf.*

Wochenschau.

(2./1. 1920.) Das neue Jahr ließ sich an der Börse recht hoffnungs-voll an. Wenn die Prognose der Börse richtig ist, dann kann es im neuen Jahr nicht fehl gehen. Aber wir wollen doch zunächst die alten Pessimisten bleiben, bevor wir dem neuen Jahr ein Loblied singen. Zwar hat der Wille zur Arbeit im alten Jahr merkliche Kräftigung erfahren, aber schon im letzten Monat des alten Jahres schwirrten allerhand Gerüchte umher, daß die Radikalen in nicht zu ferner Zeit wieder einmal einen Vorstoß unternehmen wollen. Das Häuflein derer, welche noch immer glauben, ohne geregelte Arbeit das goldene Zeitalter herbeiführen zu können, das sich unter dem „Segen“ der Revolution nicht hat herstellen lassen, wird denn doch allmählich kleiner. Die Empörung unter den Industriearbeitern, daß aus Mangel an Kohle überall gefeiert werden muß, hat jedenfalls zugenommen. Die Mahnrufe eines Klöckner, der unsere Industrie kennt wie keiner, sind von der Bergarbeiterschaft nicht allein in den Wind geschlagen worden, sondern im sächsischen Steinkohlenrevier haben die Belegschaften in Form eines Ultimatus die Einführung der Sechsstundenschicht nebst anderen Zugeständnissen verlangt. Wir haben zu der Preispolitik der Rohstoffverbände von jeher kein

großes Zutrauen gehabt. Die Haltung des Bergbaues forderte oft zum Widerspruch heraus. Diesmal sind es aber nicht die Bergherren, welche die Kohlegewinnung verhindern, sondern die Arbeiter, welche ständig steigende Forderungen stellen, aber nur geringere Leistungen bieten wollen. Dabei heißt aber Sozialismus Arbeit. Eben darum möchten wir sie sehen. Es ist jetzt an der Zeit, Arbeit zu leisten, Arbeit, welche auch bezahlt wird. Wenn die Arbeiter der industriellen Betriebe infolge Kohlenmangels zu feiern gezwungen werden, dann müssen sie sich bei ihren Kameraden vom Bergbau hierfür bedanken. Von jenseits des Kanals vernahmen wir wieder einmal verheißende Stimmen, welche uns helfen wollen, weniger, daß wir wieder erstarken sollen, als vielmehr deswegen, um am Weltmarkt wieder konkurrenzfähig zu werden. Das vermißt man offenbar in England sehr. Wir können das verstehen. Der amerikanische Dollar galt vor dem Kriege 4 sh. 2 d., muß jetzt aber mit 5 sh. 2 d. bezahlt werden. Im Wechsel hiermit ist der Wert des Sterlings von 4,78 auf 3,77 Doll. gesunken. Das gibt dem Engländer und dem Amerikaner offenbar zu denken, ersterem, weil seine Kaufkraft damit allmählich auch schwindet, und letzterem, weil er seine Ware am Weltmarkt nicht mehr so glatt loswerden kann. Besser wäre es ja, wir würden uns ohne die Mitwirkung des Auslandes in nicht zu ferner Zeit erholen. Aber man sieht auch bei unseren ehemaligen Feinden ein, daß die Valutafrage eine internationale Frage ist. Als Folge dieser Einsicht ist zweifellos die Wiederzulassung der Erhebung der Goldzölle an der Westgrenze zu buchen, womit wir jedoch nicht annehmen dürfen, daß nunmehr dort auch alles in bester Ordnung sei. Wenn die Regierung sicher sein will, daß dem Treiben an der Westgrenze mit der Verschiebung von Waren und Banknoten ins Ausland Einhalt getan werden soll, dann muß eine viel schärfere Überwachung der Ein- und Ausfuhr eintreten. Der Kundige muß zusehen, wie die Schiebungen von Tag zu Tag größeren Umfang annehmen. Die Schieber besorgen diese Geschäfte nicht selbst. Dafür haben sie wieder ihre Teilhaber, welche gegen geringes Entgelt die unsauberen Geschäfte an der Grenze besorgen. Mit Recht hat die Überfremdung der deutschen Ölindustrie durch ausländische Kapitalisten in den letzten zwei Wochen einigen Staub aufgewirbelt. Die jetzt unter wesentlich günstigeren Verhältnissen auftauchenden Bestrebungen sind die Fortsetzung einer Konzentrationsbewegung, welche seitens des holländisch-englischen Margarinetrusts schon vor etwa zwei Jahrzehnten begonnen worden ist. Angeblich wollen die Margarinefabriken sich den Bezug ihrer Rohstoffe sichern. In Wirklichkeit jedoch wird durch die neue Bewegung den Seifen-, Lack-, Firnis-, Farben- und Linoleumfabriken immer mehr Licht und Luft abgeschnitten. Auch diese Branchen geraten durch die Konzentrationsbestrebungen des Margarinetrusts in ein Abhängigkeitsverhältnis zu diesem, da ihnen die Gelegenheit zum Bezuge technischer Öle und Fette immer mehr verringert wird. Es ist die höchste Zeit, daß die hier in Betracht kommenden Industriezweige sich gegen das Eindringen des ausländischen Margarinetrusts mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Die Versorgung mit Brennstoffen hat sich durch das Dazwischentreten der verschiedenen Feiertage eher verschlechtert, und die Wagengestellung vollzog sich sehr unregelmäßig. Erfreulich ist für West- und Süddeutschland, daß das Hochwasser, das ganz gewaltigen Schaden angerichtet hat, endlich den Rückweg eingeschlagen hat. Die Schifffahrt auf dem Rhein mußte zeitweise ganz eingestellt werden, wodurch sich in der Versorgung der angrenzenden Gebiete mit Brennstoffen erneute Störungen ergaben.

Abermalige Erhöhung der Güterfrachten steht in sicherer Aussicht, wie unsere gesamte Ernährung und Lebenshaltung vor weiterer wesentlicher Verteuerung steht. Die Besoldungsreform der Beamten dürfte dem Staat eine Mehrausgabe von $7\frac{1}{2}$ Milliarden verursachen. Gemessen an den Zahlenwerten seit Beginn des Krieges ist dies ja nur eine „Kleinigkeit“. Die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne vom 1./2. ab wird sich jedenfalls nicht in engen Grenzen bewegen. Die nach Zeitungsmeldungen in Amerika zutage getretene Bereitwilligkeit zur Hergabe einer Valutaanleihe versetzte auch die Börse in freudige Erregung, als wenn der Abschluß der Anleihe schon erfolgt wäre. Wir glauben zunächst nicht so recht an diese Menschenfreundlichkeit, die wir auf alle Fälle werden teuer bezahlen müssen. Für Valutapapiere bestand im Laufe der Woche an den deutschen Börsen weniger Interesse, desto mehr aber für Bergwerksanteile, jedenfalls infolge der zu erwartenden weiteren Preiserhöhungen für Brennstoffe. Außer Bergwerksanteilen zogen jedoch auch die Kurse aller übrigen Papiere mit wenigen Ausnahmen erheblich an. Namentlich Anilinwerte konnten einen ansehnlichen Teil ihres Verlustes aus der Vorwoche wieder einholen. An der Frankfurter Börse notierten Aschaffenburg Zellsstoff 360, Cementwerk Heidelberg 181,50, Anglo-Kont. Guano 326, Badische Anilin und Soda 395, Gold- und Silber-Scheide-Anstalt 472,50, Th. Goldschmidt —, Chem. Fabrik Griesheim 234, Farbwerke Höchst 265, Verein chem. Fabriken Mannheim 270, Farbwerk Mühlheim 145, Chem. Fabriken Weiler 220, Holzverkohlung Konstanz —, Rütgerswerke 209, Wegelin Ruß 205, Chem. Werke Albert 400, Schuckert Nürnberg 153,50, Siemens & Halske Berlin 272, Lederwerke Rothe 205,50, Verein deutscher Ölfabriken 250, Zellstofffabrik Waldhof 254, Zuckerfabrik Badenia 343, Zuckerfabrik Frankenthal 390%.
k.**

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

Britisch-Westafrika. Seit 20./10. 1919 wird in den britisch-westafrikanischen Kolonien ein Ausfuhrzoll von 2 Pfd. Sterl. je t auf Palmkerne, welche nach Häfen außerhalb des britischen Reiches verschifft werden, erhoben. Ferner ist die Ausfuhr von ölhaltigem Samen nach Häfen außerhalb des britischen Reiches nur mit Erlaubnis möglich. Die Ausfuhrerlaubnis nach nichtbritischen Häfen wird nur erteilt bei Palmkernen für $\frac{1}{10}$ des verfügbaren Vorrates, für $\frac{1}{6}$ der vorrätigen Erdnüsse und für $\frac{1}{2}$ des verfügbaren Kopras. Im Parlament hat die Regierung erklärt, daß diese Maßregeln getroffen sind, um die englischen Ölschlägereien, welche während des Krieges vergrößert sind, gegen die deutsche Industrie zu schützen. Die Niederlande wurden nicht erwähnt, aber die niederländische Margarineindustrie wird durch diese Maßregel stark getroffen. („W. d. A.“) on.

England. Annahme der Antidumpinbill. Das Unterhaus hat am 31./12. 1919 den vom Präsidenten des Handelsamts Sir Auckland Geddes eingebrachten Entwurf über Errichtung eines Trade Regulation Committee angenommen. Das Gesetz, das bei dem scharfen Widerstand der freihändlerischen Kreise zeitweise zu scheitern drohte, soll nach Eintritt des Friedenszustandes das Dumping (auch soweit es nur eine Folge der schlechten ausländischen Währung ist) verhindern, insbesondere dem Schutz der Schlüsselindustrien, die während des Krieges von England mit großen Opfern geschaffen wurden, dienen. („D. Allg. Ztg.“) dn.

— Die Ungültigkeiten aller Einfuhrverbote ist durch das Urteil des bekannten und eine besondere Autorität (er war Vorsitzender des Kohlenbergbau-Untersuchungsausschusses) genießenden Richters Sankey festgestellt worden. In dem Prozeß um die Beschlagnahme von Pyrogallussäure hat Sankey seine Entscheidung dahin gefällt, daß alle auf Grund des Zollgesetzes von 1876 erlassenen Einfuhrverbote ungesetzlich und hinfällig sind; entgegen der Ansicht des Kronanwalts, des Handelsamtes und der Zollbehörden hat er sich dahin ausgesprochen, daß die Sonderbestimmung dieses Gesetzes die Regierung nur zum Verbot der Einfuhr von ähnlichen Dingen wie Waffen, Munition und Schießpulver, nicht aber von allen beliebigen Waren ermächtigt. Einer im Parlament abgegebenen Erklärung zufolge sind die Zollbehörden bereits angewiesen worden, bis auf weiteres der Einfuhr keine Schwierigkeiten mehr zu bereiten, solange die Entscheidung Sankeys nicht aufgehoben ist oder andere gesetzliche Vorschriften erlassen sind. Die Regierung will ihrer Erklärung zufolge den Gesetzentwurf über die Regelung der Ein- und Ausfuhr, der hauptsächlich das Dumping bekämpft, als auch den Schutz der Schlüsselindustrien vorsieht, beim Wiederausammentreten des Parlaments schleunigst durchpeitschen. Ob ihr dies gelingt, erscheint sehr zweifelhaft angesichts des scharfen Widerstandes auch innerhalb der Regierungspartei. Bis ein geändertes Gesetz durchgeht, wird jedenfalls längere Zeit vergehen. — So lange besteht keinerlei Einfuhrverbot zu Recht, also insbesondere auch kein solches für Farbstoffe, Chemikalien, optische Gläser usw. („Economist“ vom 20./12. 1919.) Ec*.

Schweden. Für folgende Waren sind die Ausfuhrverbote aufgehoben: Chromalaun, Kalium- und Natrium-Bichromat, Chromsäure, Navigationsinstrumente aller Art und Teile dazu, Ferngläser und Teile dazu aus anderem Material als Gold und Silber. („J. u. H. Ztg.“) on.

Estland. Ein- und Durchfuhrbestimmungen. Ohne Einfuhrschein zugelassene Artikel: Eisen, Stahl, Schienen, Maschinen und landwirtschaftliche Werkzeuge, sonstige Werkzeuge, Körner, Zucker, Cerosen, Naphtha, Masut, Schmieröle, Maschinen- und Zylinderöle, Kohle, Schmiermittel. Artikel, für welche die Einfuhrerlaubnis nötig ist: Alle, die bei den vorgenannten Artikeln nicht erwähnt sind. Die Einfuhrerlaubnis muß bei den Außenhandelsstellen beantragt werden; der Einfuhrschein wird vom Rat des Außenhandels ausgestellt. Die Regierung der estnischen Republik läßt nur die Durchfuhr von solchen Waren zu, die nicht für die von den Alliierten blockierten Länder bestimmt sind. Bis auf weiteres wird auf die Durchfuhr eine Kriegsabgabe von 2% des Wertes erhoben, die in Gold oder in der Münze des Ursprungslandes der Waren zu bezahlen ist. Die Transitwaren unterliegen keiner Untersuchung noch Beschlagnahme. („Exportateur Français“ vom 18./12. 1919; „W. d. A.“) on.

Niederlande. Vom 1./1. ab sind die Ausfuhrverbote für folgende Arzneimittel aufgehoben: Für alle in verpackter Form durch niederländische Fabrikanten in den Handel gebrachten Arzneimittel, für Kakao butter, für Saccharum lactis (Milchzucker), für Homatropine und Hydrobromas-Homatropine, für Acetas plumbicus (Bleizucker), für Salzsäure und Salpetersäure, sowohl in rohem als in technisch reinem wie in reinem Zustand, für Salicylas natrius cum Theobromino Natrio, synonym Diuretinum coffeina und Salicylas natrius cum coffeina und für Lebertran. („I. u. H. Ztg.“) ar.

Luxemburg. Die Regierung hat sich bereit erklärt, Bewilligungen für die Ausfuhr von Thomasschlackenmehl in unbegrenzter Menge zu erteilen. Anträge können vom 1./1. 1920 ab an die Regierung gestellt werden. Die Regelung über die Art und Weise der Ausfuhr im Jahre 1920 ist noch nicht bekanntgegeben. („Handelsberichten“ vom 25./12. 1919; „I. u. H. Ztg.“) ar.

Polen. Ausfuhr nach Polen. Am 10./1. trat der neue Zolltarif in Kraft. Waren, die vor dem 9./1. abgesandt wurden, jedoch nicht nach dem 10./2. in Polen eintreffen, unterliegen noch dem alten Zolltarif. („N. Z. Z.“) dn.

Tschecho-slowakischer Staat. Die Einfuhr von Arzneimitteln ist wegen großen inländischen Bedarfs gestattet worden. on.

Ungarn. Folgende Waren dürfen freigegeführt werden (Zollsatz in Kr. und 200% Zuschlag): Tierischer Talg zu technischen Zwecken 2,50; Vegetabilischer Talg, Palm-, Palmkern- und Cocosnußöl, fest, zu technischen Zwecken 2,50; Wachs, vegetabilisch 2,50 (14,80); Ceresin 10,—; Leinöl u. a. n. b. fette Öle zu technischen Zwecken 10,—; Heizöl, Erdnußöl und Ricinusöl zu technischer Verwendung (unter Aufsicht besonders ermächtigter Zollämter denaturiert) 2,—; Harz, gemeines 1,20; Terpentin, Terpentingöl, Steinkohlenteeröl der Benzolreihe 3,50; Kopalharz, Schellack und Gummi arabicum 3,50; Magnesia, gebrannt 1,20; Mennige 9,60; Ölfirnisse 12—24,—; Teerfarbstoffe 15% v. W.; Ultramarinblau 24,—; Bleiweiß 9,60; Knochenleim 14,50; Reisstärke 16,—. („F. Z.“) Lp.

Deutschland. Die Bewirtschaftung der Stapelfaser ist auf Beschluß des Unterausschusses für Kunstseide und Stapelfaser mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden. („I. u. H. Ztg.“) dn.

— Durch Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst wird die Verordnung vom 1./2. 1918 über das Verbot der Weiterverarbeitung von Obstwein ab 31./12. 1919 aufgehoben. („I. u. H. Ztg.“) on.

— Eine neue Verordnung über die Malzkontingente der Bierbrauereien und den Malzhandel setzt das Kontingent der Bierbrauereien im ganzen Reich einheitlich auf 15% des Friedensmalzverbrauchs fest. Eine Zusage, die Vollbelieferung des erhöhten Kontingents mit Gerste ins Auge zu fassen, kann jedoch bei dem Stande der Gerstenerfassung nicht gegeben werden; zur Zeit ist eine Teilbelieferung der Bierbrauereien in Höhe von 5% des Kontingents im Gange. Die Bestimmungen der früheren Verordnung, die sich nur auf Gersten- und Weizenmalz bezog, sind auf Malz aus Getreide aller Art, insbesondere also auch auf Hafermalz, ausgedehnt worden. („I. u. H. Ztg.“) ar.

Marktberichte.

Eine **Erhöhung der Eisenpreise in der Tschecho-Slowakei** wird, mit Genehmigung des Handelsministeriums, seitens der tschecho-slowakischen Eisenwerke für die Zeit vom 1./1. bis 31./3. 1920 vorgenommen. Die Preise stellen sich für die Witkowitz Eisenwerke: Roheisen für Gießereien 98 Kr., Hämatiteisen 115 Kr., Roheisen für Stahl 100 Kr., Stab- und Fassoneisen 195 Kr., Blech über 5 mm stark 230 Kr., von 3 $\frac{1}{4}$ —5 mm 240 Kr., von 2—3 mm 245 Kr. Für die Prager Eisenindustrie: Stab- und Fassoneisen 205 Kr., gewalzter Draht 220 Kr., Bankeisen 220 Kr., Blech über 6 mm stark 240 Kr., von 3 $\frac{1}{4}$ —5 mm 245 Kr., von 2—3 mm 255 Kr., Feinblech 265 Kr., verzinktes Blech 380 Kr., Ingot 140 Kr. Die staatlichen Hüttenwerke in der Slowakei berechnen das Eisen zu den gleichen Preisen wie die Prager Eisenindustriengesellschaft, die übrigen Hüttenwerke werden größtenteils ebenfalls diese Preise veranschlagen. Um eine größere Menge Roheisen zu erhalten, wurden die Preise für altes Eisen um 50% und mehr erhöht. („I. u. H. Ztg.“) ar.

Der deutsche Zinkhüttenverband in Berlin hat die **Zinkpreise** um 60 auf 510 M für 100 kg erhöht. Da zu diesem Preise Rohzink kaum zu haben ist und im freien Verkehr ungefähr 400 M für 100 kg mehr bezahlt werden, soll in der Mitte Januar abzuhaltenden Versammlung des Zinkhüttenverbandes eine Preiserhöhung um mindestens 200 M je dz beschlossen werden. on.

Die Vereinigten Zinkwalzwerke haben mit Wirkung ab 1./1. 1920 die **Verkaufspreise für Zinkblech** um 75 auf 651—653 M je dz erhöht. („Frkf. Ztg.“) ll.

Der Kupferblechverband hat die **Verkaufspreise für Kupferblech** um weitere 78 M auf 2848 M für den dz erhöht. („Frkf. Ztg.“) ar.

Preiserhöhung für deutsche Kalisalze in England. Es hat sich als notwendig erwiesen, die Preissätze, zu denen die von der englischen Regierung im Austausch mit Nahrungsmitteln aus Deutschland bezogenen hochwertigen Kalisalze in England verkauft werden, zu erhöhen. Nach Mitteilung des Amtes für Landwirtschaft und Fischerei wurden die Preise vom 1./12. ab um 5 sh. je t erhöht. Düngertabrikanten, Kaufleute, Händler und Interessengemeinschaften müssen in Zukunft ihre Anträge an die Fertilizer Manufacturer's Association Ltd. 155, Fenchurchstreet, London E. C. 3, richten. („The Times Trades Supplement“ vom 13./12. 1919; „I. u. H. Ztg.“) ar.

Die **Nachfrage nach Blei- und Zinkweiß** ausländischer Herkunft ist in Argentinien bedeutend, da eine eigene Industrie hierfür nicht besteht. („I. u. H. Ztg.“) ar.

Die **niederländische Schwefelsäureindustrie**, die unter Rohstoffmangel zu leiden hat und schon seit längerer Zeit nicht mehr mit voller Leistungsfähigkeit zu arbeiten imstande ist, sieht der Zukunft im Hinblick auf die Konkurrenz der Entente mit Besorgnis entgegen. Die bedeutendsten Schwefelsäurerzeuger: England, Frankreich und die Vereinigten Staaten, die sämtlich über bedeutende Phosphatlager verfügen, werden bei Fertigstellung ihrer Organisation zweifellos eine sehr gefährliche Konkurrenz für den Absatz des niederländischen Superphosphats auf dem Weltmarkt darstellen, so daß die niederländische Schwefelsäureindustrie versuchen muß, sich den Absatz ihrer überschüssigen Säure im Inland zu Preisen zu sichern, die mit den Weltmarktpreisen konkurrieren können. („I. u. H. Ztg.“) dn.

Einfuhr deutscher Erzeugnisse nach Frankreich. In Fachkreisen wird neuerdings nachdrücklich dafür eingetreten, daß der Bedarf an chemischen Erzeugnissen, die nicht im Lande selbst hergestellt werden können, vorzugsweise in Deutschland gedeckt werden soll. Für diese Bestrebungen ist der niedrige Stand der Mark bestimmend gewesen; zudem hat man auch die Entdeckung gemacht, daß deutsche Fabrikate über das Ausland nach Frankreich gelangten und naturgemäß durch den Zwischenhandel eine beträchtliche Verteuerung erlitten. Bekanntlich dürfen Waren aus den besetzten Gebieten jetzt ohne weiteres nach Frankreich eingeführt werden. Für die Einfuhr von chemischen Erzeugnissen aus dem übrigen Deutschland ist bei dem Office des Produits chimiques et pharmaceutiques in Paris, 4 Rue Saint-Romain, eine Einfuhrerlaubnis einzuholen. Wie es heißt, werden diese Genehmigungen in weitestem Maße erteilt und von den leitenden Stellen begünstigt. („W. N.“) ar.

Die **Nachfrage nach deutschen Chemikalien** nimmt in Schweden dauernd zu. Besonders die Papier- und Cellulosefabriken, die früher teilweise ihre Chemikalien von England bezogen, gehen jetzt mit Anfragen an die deutschen Fabriken. Dies ist besonders in Chlorkalk und schwefelsaurer Tonerde der Fall. Auch in Pottasche ist erhöhte Nachfrage zu verzeichnen, da die amerikanischen Fabriken infolge des hohen Dollarkurses und der Frachtschwierigkeiten nicht liefern können. Die Preise in diesen Chemikalien werden in der nächsten Zeit sicherlich steigen. (Bericht aus Stockholm vom 20./12. 1919.) („I. u. H. Ztg.“) on.

Erhöhung der Hohlglaspreise in der Tschecho-Slowakei. Die Fabriken haben beschlossen, außer den bestehenden 150% Zuschlag einen weiteren Teuerungszuschlag von 120% vom 15./12. v. J. an für ihre Erzeugnisse zu erheben. („I. u. H. Ztg.“) ll.

Absatzmöglichkeiten für Glaswaren in Frankreich. Der finnische Generalkonsul in Paris hat der Zentralhandelskommission in Helsingfors mitgeteilt, daß in Frankreich gegenwärtig großer Mangel an Glaswaren herrscht. Da die Einfuhr von Belgien und Spanien fast ganz aufgehört habe, erschließe sich ein Markt für finnische Glaserzeugnisse. Der finnische Konsul in Reval teilt mit, daß in Estland großer Mangel an Fensterglas herrscht. Die geringe Glaseinfuhr von Deutschland wird fast ganz vom Staate in Anspruch genommen. („I. u. H. Ztg.“) ll.

Die **Höchstpreise für Zement** werden nunmehr amtlich bekanntgegeben. Infolge der am 1./1. festgesetzten Kohlenpreiserhöhung werden die Preise für 10 000 kg Zement ab Werk ohne Verpackung vom 1./1. 1920 ab bis auf weiteres um 122 M erhöht. Es gelten somit folgende Höchstpreise: Für Lieferungen an die Heeresverwaltung und Staatsbauten 1714 M, für Lieferungen an sonstige Unternehmer im Gebiet des norddeutschen Zementverbandes 1784 M, im Gebiet des rheinisch-westfälischen Zementverbandes 1759 M und im Gebiet des süddeutschen Zementverbandes 1784 M. („L. N. N.“) on.

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

Das im Frühjahr gegründete **belgische Stahlsyndikat** wird infolge der Uneinigkeit der Mitglieder wieder aufgelöst. Eine Erneuerung des Syndikatsvertrags scheint nicht möglich, da eins der stärksten Mitglieder, „Sambre et Moselle“, erklärt hat, künftig an keinem Syndikat mehr teilnehmen zu wollen. („Algemeen Handelsblad“ vom 21./12. 1919; „W. d. A.“) on.

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Allgemeines.

Japan. Handelsbeziehungen mit Deutschland. Der Präsident der japanischen Handelskammer hat am 2./11. in Tokio einige Minister des Kabinetts besucht und gebeten, daß die Behörden die Einschränkungen, die noch im Handel Japans mit Deutschland bestehen, beseitigen, und daß auch die Schwarzen Listen abgeschafft würden. In Verbindung mit Vorstehendem ist es interessant zu bemerken, daß einige führende japanische Firmen Vertreter nach Deutschland

schicken, um die Handelsbeziehungen wieder herzustellen. („The London and China Telegraph“; „W. N.“) *on.*

Deutsch-Österreich. Die Ausdehnung des Pulvermonopols auf alle Schieß- und Sprengmittel steht bevor. Außer der staatlichen Fabrik Blumau erzeugt heute nur eine einzige Privatfirma, und zwar „Dynamit Nobel“ Sprengmaterial, das auch bisher schon vertraglich durch die Monopolverwaltung verkauft wurde. („W. d. A.“) *dn.*

Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

Schweiz. Bei Herznach (Laufenburg) haben Probeschürfungen die Abbaufähigkeit eines Erzlagers ergeben. Die Lager sollen angeblich 30 Mill. t Erz enthalten, das an Qualität dem Lothringer Erz nicht nachstehen soll. Die Firma Gebr. Sulzer in Winterthur beabsichtigt die Verwertung des Lagers. („Frkf. Ztg.“) *on.*

Polen. Neugründung. Eine Gruppe polnischer Kapitalisten hat nach der „N. Fr. Pr.“ mit dem Vertreter der Naphthafirma Nobel eine Aktiengesellschaft zur Ausbeutung von Naphthaterains in Galizien mit einem Aktienkapital von 100 Mill. M gegründet. Die Gesellschaft soll auch Raffinerien zum Zwecke der Verarbeitung des Rohöls errichten; sie übernimmt alle bisherigen Unternehmungen der Firma Nobel, die sich in Polen und in Danzig befinden. Die Firma der neuen Aktiengesellschaft lautet: „Naphtha-Industriegesellschaft der Gebrüder Nobel in Polen.“ („Frkf. Ztg.“) *ll.*

Chemische Industrie.

Japan. Erst während des Krieges wurde festgestellt, daß Japan reiche Molybdänlager besitzt. Nach „Times Trade Supplement“ vom 13./12. 1919 hält man es sogar für möglich, daß Japan an Australiens Stelle als Haupterzeuger treten wird. Ein Lager von kristallisiertem Molybdän, das man 1907 auffand, wurde für 20 000 Yen von einem Deutschen gekauft. Jetzt sind Bergwerke in demselben und auch in anderen Teilen des Landes in Tätigkeit. („H. u. I. Ztg.“) *dn.*

England. Eine Anzahl neuer Firmen zur Herstellung von Hausfarben haben sich gebildet. Ebenso zeigt die führende Firma in Bolton eine große Erzeugung auf diesem Gebiet. Aus dieser Tatsache wird geschlossen, daß zurzeit kein Mangel an direkten Baumwoll- und Einheitsfarbstoffen vorliegt. Schweißfarben werden fast von jeder Firma hergestellt. („Times Trade Supplement“ vom 13./12. 1919.) („I. u. H. Ztg.“) *ll.*

— **Salpetergewinnung.** Das Komitee des Munitionsdepartements für Stickstofferzeugnisse befürwortete nach einem über Stockholm zugehenden Bericht in einer Eingabe die Errichtung von Anlagen zur Deckung eines Teils des großen Bedarfs an Stickstofferzeugnissen. Ferner wird angeregt, den Versuch zu machen, die Herstellung von Ammoniak in den Gaswerken zu erhöhen und den Verbrauch der Kohle als Brennmaterial einzuschränken. Das Munitionsdepartement beantragte, nachdem der Waffenstillstand unterzeichnet war, den Bau einer großen Fabrik in Billingham zur Herstellung von Stickstoff aus der Luft aufzunehmen. Diese Fabrik, die seit längerer Zeit fertiggestellt ist, wird jetzt zum Verkauf an Private angeboten, und zwar unter der Bedingung, daß dort die Herstellung von Salpetersäure für Sprengstoffe gesichert wird. Man nimmt an, daß die Anlage zur synthetischen Herstellung von Ammoniak abgeändert werden kann. („I. u. H. Ztg.“) *ar.*

— **Geschäftsbericht.** In der Generalversammlung der Low Temperature Carbonisation Co. Ld. erklärte der Vorsitzende Armstrong, daß nach dem patentierten Verfahren der Gesellschaft bei niedrigeren Betriebs- und Anlagekosten, als sie alle ähnlichen Verfahren verlangen, aus jeder Tonne Kohle gewonnen werden: a) 3 Gallonen Motor-Brennstoff; b) 16 Gallonen oder mehr Öl für Brenn-, Leucht- oder Schmierzwecke; c) 7000 Kubikfuß von 600 Wärmeeinheiten für den Kubikfuß nach Beseitigung der leichten Öle; d) 20 lbs. Ammoniumsulfat; e) 14 cwt. rauchloses Feuerungsmaterial. („Fin. News“ vom 16./12. 1919.) *Ec.**

Schweden. Salzgewinnung aus Meerwasser. „Stockholms Dagblad“ vom 20./12. 1919 schreibt, daß Professor Pettersson die schwedische Regierung um ein zinsfreies Darlehn von 125 000 Kr. für die Anlage eines industriellen Werkes zur Raffinierung von Rohsalz und Herstellung von Kochsalz und Nebenerzeugnissen aus dem Meerwasser ersucht. Professor Pettersson hat für diese Herstellung von Salz eine besondere Methode. („W. d. A.“) *ll.*

Industrie der Steine und Erden.

Cuba. Neugründung. Zur Herstellung von Glas aus Rohstoffen des Landes ist in Havanna die Compañía Cubana de Productos de Sílice gegründet worden. („W. d. A.“) *dn.*

Tschecho-slowakischer Staat. Neugründung. Eine Keramische Export A.-G., die die Ausfuhr von Porzellan-, Glas-, Ton- und Steingutwaren sowie von Erzeugnissen der Metallindustrie fördern soll, ist mit einem Kapital von 3 Mill. Kr. gegründet worden. Die Gesellschaft, die in Polen, Rumänien und Bulgarien eigene Niederlassungen zu errichten beabsichtigt, wird in Karlsbad moderne Ausstellungshallen einrichten und große Lagerräume in Alt-Rohlau bauen. („Prag. Tgbl.“ vom 25./12. 1919; „I. u. H. Ztg.“) *ll.*

Aus Handel und Industrie Deutschlands.

Allgemeines.

Erweitertes Tätigkeitsgebiet der Außenhandelsstelle Chemie. Die Einfuhr der für das Gebiet der Chemie in Betracht kommenden Erzeugnisse wurde seither von der Außenhandelsstelle Chemie nur gutachtlich bearbeitet. Nach einem neuesten Beschluß des Reichswirtschaftsministeriums wird die Außenhandelsstelle Chemie aber auch die endgültige Erledigung der Anträge in Kürze übernehmen. Was die Erledigung von Ausfuhranträgen betrifft, so liegen die hierauf bezüglichen Funktionen schon jetzt völlig bei der Außenhandelsstelle Chemie. Die Preisbemessungen für die auszuführenden Erzeugnisse erfolgen im allgemeinen nach dem Stande der Weltmarktpreise. („D. Allg. Ztg.“) *ar.*

Chemische Industrie.

Zusammenschluß in der chemischen Industrie Oberschlesiens. Unter der Firma Chemische Werke Oberschlesien G. m. b. H. haben sich mit dem Sitz in Hindenburg und einer Zweigniederlassung in Berlin zwecks gemeinschaftlicher Verarbeitung und Verwertung ihrer gesamten Erzeugung an Teer, Benzol und Ammoniak die folgenden Firmen zusammengeschlossen: Bismarckhütte, A. Borsig Berg- und Hüttenverwaltung, Konsolidierte Gleiwitzer Steinkohlengruben, Gräflich Schaffgottsche Werke G. m. b. H., Kattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb, Oberschlesische Eisenindustrie A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Oberschlesische Kokswerke und chemische Fabriken A.-G. Die Führung aller Gemeinschaftsbetriebe und den Verkauf aller Erzeugnisse haben die Oberschlesischen Kokswerke übernommen, deren Vorstandsmitglied Generaldirektor Bie gleichzeitig die Geschäfte der Chemischen Werke Oberschlesien führen wird. („I. u. H. Ztg.“) *ar.*

Die der Chem. Fabrik J. D. Riedel A.-G. nahestehende **Permutit A.-G. in Berlin** erzielte 1918/19 einschl. 22 086 M Vortrag einen Reingewinn von 293 348 (365 729) M. Dividende 10 (12)%. *ll.*

Staßfurter Chemische Fabrik vorm. Vorster & Grüneberg A.-G., Staßfurt. Nach Abschreibungen von 54 766 M einschl. 165 197 (153 210) M Vortrag, Reingewinn 307 692 (616 241) M. Dividende 6 (10)%. Neuvortrag 44 692 M. *ar.*

Personal- und Hochschulnachrichten.

Dr. K. Herzfeld, Privatdozent für theoretische Physik an der Universität Wien, wurde eine Assistentenstelle im Chemischen Laboratorium des Staates an der Universität München übertragen.

Es habilitierte: Dipl.-Chem. Dr. A. Fodor, erster Assistent am physiologischen Institut in Halle, für physiologische Chemie in der medizinischen Fakultät, daselbst.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt: H. Harring jun., Ströbeck, H. Niehoff, Danstedt, und E. Voigtländer, jun., Blankenburg a. H., bei der Zuckerfabrik Derenburg Friedrich Försterling & Co. in Derenburg; Fabrikdirektor Dr. R. Vetterlein, bei der Aktiengesellschaft Chemische Fabrik zu Schöningen.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Chemiker Dr. A. Eichengrün, Berlin-Grünwald, und Dipl.-Ing. C. Mynssen, Berlin-Wilmersdorf, bei der Fa. „Cellon“ Chemische Fabrik G. m. b. H., Charlottenburg; Techniker K. Sicker, Berlin-Pankow, bei der Zapon-Lack G. m. b. H., Berlin; G. Klaps, Düsseldorf, bei der Helios, Gesellschaft für chemische Industrie m. b. H., Düsseldorf.

Prokura wurde erteilt: C. Clemm, Charlottenburg, bei der Fa. „Cellon“ Chemische Fabrik G. m. b. H., Charlottenburg; K. Engelmann, Berlin, bei den Vereinigten Chemischen Werken A.-G., Charlottenburg mit Zweigniederlassung in Berlin; E. Reuter, Bad Salzungen, bei der Fa. Formozon Gesellschaft Dr. Scheffer & Block, Bad Salzungen; O. Schulte, Werdohl, bei den Aluminiumwerken Gebr. Honsel, Werdohl; W. Zens, Berlin-Tempelhof, bei der Fa. Thomasphosphatfabriken G. m. b. H., Berlin.

Gestorben sind: Kommerzienrat E. Berve, Breslau, Aufsichtsratsmitglied der Oberschlesischen Eisen-Industrie Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Gleiwitz, am 4./1. — Chemiker Dr. phil. G. Heinzelmann, früherer Schriftleiter der Zeitschrift für Spiritusindustrie, am 29./12. 1919 im 69. Lebensjahr. — Dr. David Basie Hewitt, Direktor der Fa. Brunner, Mend & Co., Ltd., London. — Der amerikanische Großindustrielle T. J. Parker, am 11./10. in Bayonne, N. J., im Alter von 71 Jahren. — H. E. Stonier, Direktor der Vacuum Oil Co., Ltd., Caxton House Westminster, Mitte November in Ashley Gate, Walton-on-Thames, im 55. Lebensjahr. — John Charles Umney, Begründer und Herausgeber des „Perfumery and Essential Oil Record“, Mitte Oktober in Berea Court, Yapton, Arundel, im Alter von 51 Jahren.